

Am Ende einer Karriere

Viktor Orbán ist auf seiner politischen Abschiedstour. Der ehemalige Ministerpräsident hat nur für ein Jahr noch den Vorsitz in seiner Partei übernommen, um den Übergang zu regeln. Was wird dann aus „Fidesz“? **VON BENCE BAUER**

Die Sommerferien von Viktor Orbán gestalteten sich dieses Jahr außerordentlich lang. Mehrere Wochen verbrachte er an der kroatischen Küste und mitten im heißen August tauchte er völlig überraschend bei einem Trompetenfestival in Südserbien auf. Dort konsumierte er reichlich serbischen Sliwowitz (Pflaumenschnaps) und ließ sich an der Seite von berühmten serbischen Künstlern und Fernsehstars ablichten. Anschließend genoss er ein Bad in der Menge. In Serbien wird Orbán wie ein Held gefeiert, die öffentliche Meinung ist ihm gegenüber sehr positiv eingestellt. Sein historisches Verdienst war es, die angespannten ungarisch-serbischen Beziehungen zu entkrampfen und auf eine völlig neue Grundlage zu stellen. Seitdem befinden sich die bilateralen Beziehungen auf einem nie gekannten Höhepunkt. Dies ist in Europa meist unbekannt. Doch Serbien ist nicht Deutschland und auch nicht Ungarn. Die Kontakte zum südlichen Nachbarland kontrastieren völlig mit den Befindlichkeiten etwa in Deutschland – und vor allem zu den aktuellen Meinungen in Ungarn, wo eine große Mehrheit nicht mehr Orbán als Regierungschef des Landes im Amt sehen wollte und ihn auch nicht mehr zurückwünscht.

Fünf Monate nach der Parlamentswahl kommt man nicht umhin, festzustellen, dass sich nach 36 Jahren als Parlamentsabgeordneter und 38 Jahren als „Fidesz“-Parteivorsitzender die politische Karriere von Viktor Orbán allmählich ihrem Ende zusteuert. Von einigen für seine beachtenswerten Erfolge in der Migrations-, Familien- und Wirtschaftspolitik im In- und Ausland zu Recht gefeiert, stellt er für viele, vor allem jüngere Ungarn, eine anachronistische Art von Politiker dar, der sich nach dem politischen Erdbeben bei den Parlamentswahlen endgültig von der ersten Reihe der Politikgestalter verabschieden dürfte. Dies sieht der Abgewählte wohl selbst so – seine Wiederwahl als Parteivorsitzender im Juni erstrebte er nur für ein Jahr, er selbst will Platz machen für mögliche Nachfolger und einem geordneten Übergang nach eigenem Bekunden nicht im Wege stehen. Das Parlamentsmandat nahm Orbán nicht mehr entgegen, er wollte auch damit ein Zeichen für einen personellen Neuanfang setzen. Fraglich ist nur, wer nach diesem Langzeitpolitiker die Geschicke auf der Seite der Opposition leiten könnte. Der farblose 48-jährige Fraktionsvorsitzende János Bóka erscheint eher wie eine verlegene Übergangslösung. Trotzdem werden die maßgeblichen Eckpfeiler der Politik von Viktor Orbán noch für lange Zeit bestehen bleiben und grundsätzlich auch von der neuen Regierung kaum infrage gestellt.

„Fidesz“ hat ein Struktur- und ein Imageproblem

„Fidesz“ hat aber trotz der vielfach überzeugenden Regierungsführung ein großes Struktur-, Kommunikations- und Imageproblem. Die Partei hatte nur noch bei den über 57-Jährigen eine Mehrheit, auch das Gros der Kleinstädte und Dörfer wandte sich von der Partei von Orbán ab. Bei den Erst- und Jungwählern reüssierte die „Tisza“ von Péter Magyar in überwältigender Weise. Die einstige Regierungspartei „Fidesz“ verlor beim Mittelstand, bei den Bürgerlichen, bei den Intellektuellen und vor allem in der breiten gesellschaftlichen Mitte der im Berufsleben stehenden Leistungsträger in einem zuvor nie gekannten Ausmaß. Die konfliktbelastete Europa- und Ukrainepolitik sowie die schlechte Kommunikation brachten die moderaten, gemäßigten, proeuropäischen Bürger gegen die Partei auf – viele Ungarn waren dem Image als Schmutzdelkinder Europas überdrüssig geworden und für diese ihnen



Nächster Halt: Ruhestand. Viktor Orbán weiß, dass seine politische Ära zu Ende ist.

Foto: Imago/Itar-Tass

zugesprochene Rolle machten sie die Amtsführung von Orbán verantwortlich. Besonders beachtete Fälle von Korruption, Machtmissbrauch und Vetterwirtschaft verliehen seiner Regierungszeit eine negative Note. Der mit Feind- und Angstbildern operierende verkorkste Wahlkampf machte am Ende alles noch viel schlimmer. Viele Beobachter im Land gehen davon aus, dass nach diesen Misserfolgen Orbán schlussendlich die Konsequenzen für das Scheitern übernehmen müsse und endgültig abtreten solle.

Die Regierungskommunikation von Ministerpräsident Péter Magyar tut diesbezüglich ihr Übriges. Der Neue will den Blick zurück, die Abrechnung, die Vergeltung – politisch, moralisch wie strafrechtlich. Dafür hat er auch ein klares Wählermandat bekommen. Dies gipfelt in der Zahl von 65 Prozent der Ungarn, die eine strafrechtliche Verfolgung des einstigen Ministerpräsidenten befürworten. Orbán bleibt „Feindbild Nummer eins“.

Der von Péter Magyar im Parlament und in den öffentlichen Reden beständig attackierte Vorgänger hat sich indes völlig aus der ersten Reihe der Politik zurückgezogen. Nicht mehr im Parlament, kaum mehr in den Medien, meldet sich Orbán immer seltener zu Wort. Mitten im Trubel um die Absetzung des Staatspräsidenten setzte er sich in den Fliker und reiste zur Fußball-

weltmeisterschaft in die Vereinigten Staaten. Erst wieder beim großen traditionellen Treffen seiner Bewegung in Tusványos in Siebenbürgen/Rumänien zugegen, vermied er in seiner dortigen Rede eine ernsthafte Fehleranalyse. Stattdessen prophezeite er Schwierigkeiten in der Amtsführung der Nachfolger. Damit mag er wohl nicht ganz falsch gelegen haben, doch seine Einschätzung, eine schlechte Regierungsführung würde „Fidesz“ automatisch wieder die Wähler massenweise zutreiben, wird von vielen politischen Beobachtern mit guten Gründen bestritten.

Es ist offen, ob „Fidesz“ diese Phase überlebt

Zu schwer wiegt die Last der letzten 16 Jahre. Orbán kritisierte zudem die Durchsetzung der Machtinteressen von „Tisza“ scharf und bezeichnete Ungarn als ein neues Venezuela – nur ohne Rohöl. In der Tat verfolgt die neue Regierung eine brutale Machtpolitik mit der Absetzung gewählter Verfassungsorgane und einer Beschränkung des passiven Wahlrechts großer Teile der Oppositionsabgeordneten. Ob die Mehrzahl der Ungarn sich um solche kniffligen Verfassungsfragen schert, muss sich noch erweisen.

Nach einem Jahr wird innerparteilich abgerechnet. Dann kann auch entschieden

werden, ob und gegebenenfalls wie es mit der „Fidesz“ weitergeht und ob die Partei einen veritablen Nachfolger für Orbán finden und aufbauen kann – oder ob sie Platz machen muss für eine neue politische Kraft. Orbán will einen geordneten Übergang und eine Neuaufstellung der Partei organisieren. In seiner Regierungszeit ist ihm dies indes nicht gelungen. Zweifel erscheinen angebracht, ob der Politiker diese Übergangsrolle gut wird meistern können. Die Bedingungen und Voraussetzungen sind nicht die besten. Es ist völlig offen, ob die Partei bestehen bleiben kann oder ob sie von einer ganz anderen bürgerlichen Formation abgelöst wird – sei diese eine Oppositions- oder gar Regierungspartei. Eine weitere Rede Orbáns vor Anhängern am 12. September beim Bürgerlichen Picknick in Kötöcsé wird mit Spannung erwartet. Dort wird sich auch zeigen, ob seine Bewegung noch debatten- und satisfaktionsfähig ist.

Der Autor ist Jurist und Historiker, studierte in Passau, Würzburg, Bonn und Budapest und war mehr als zehn Jahre für die Konrad-Adenauer-Stiftung tätig. Seit 2020 leitet er das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit. Bald erscheint von ihm „Wege zum Paneuropäischen Picknick und zur Grenzöffnung 1989“ im Verlag Duncker & Humblot.

Ceuta: Der Unmut eines ganzen Landes

Die spanische Regierung erlebt eine Vertrauenskrise

VON JOSÉ GARCIA

Hunderttausende Menschen bekundeten vergangene Woche in ganz Spanien ihre Solidarität mit Ceuta. Sie protestierten gegen die Regierung, die mehr als einen Monat nach der Ankunft von über 72.000 Menschen aus Marokko die Krise nicht bewältigt hat. Zu den Kundgebungen wurde vom Spanischen Verband der Gemeinden und Provinzen (FEMP) aufgerufen. Sie fanden in 1996 Städten statt. In Ceuta selbst zogen mehr als 25 000 Einwohner – jeder Dritte – durch die Straßen.

Junge Christen, Muslime, Juden und Hindus verlasen in Ceuta ein Manifest: „Ceuta hat reagiert, aber Ceuta kann es nicht allein schaffen.“ Aus der Migrationskrise ist längst eine Vertrauenskrise zwischen Madrid und Ceuta geworden. In der Stadt befinden sich weiterhin Tausende Migranten, viele schlafen an Stränden und in provisorischen Lagern. Die Verluste für Handel, Gastronomie und Tourismus beziffert die Handelskammer auf mehr als 33 Millionen Euro.

Die Zahl der Vergewaltigungen ist um ein Vielfaches gestiegen. Laut Euronews sind die Opfer vor allem minderjährige Migrantinnen aus Marokko. Zahlreiche einheimische Frauen und Kinder trauen sich kaum auf die Straße. Der Schulbeginn wurde auf unbestimmte Zeit verschoben.

„Ceuta hat reagiert, aber Ceuta kann es nicht alleine schaffen.“

Der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Erzbischof Luis Argüello, bezeichnete „die Invasion von Ceuta“ als „Test“ und warnte: „Die Demografie ist eine Waffe.“ Caritas kritisierte die „Instrumentalisierung von Migranten“ als geopolitisches Mittel, forderte zugleich aber ihren Schutz. Erzbischof Jesús Sanz Montes zeigte sich mit Ceuta gegen „marokkanische Ansprüche“ und eine „gescheiterte Regierungsführung“ solidarisch.

Unmut riefen Widersprüche innerhalb der Regierung hervor. Innenminister Fernando Grande-Marlaska erklärte, keine Warnung des Geheimdienstes CNI erhalten zu haben. Verteidigungsministerin Margarita Robles bestätigte dagegen, dass CNI-Agenten die Regierungsvertretung in Ceuta bereits am 29. Juli über Aufrufe informiert hatten, am nächsten Tag die Grenze schwimmend zu überqueren. Der Militärgeschwader hatte einen massiven Zustrom sogar als „sehr wahrscheinlich“ eingestuft.

Sánchez behauptet, niemand habe das Ausmaß vorhersehen können. Am 1. August erklärte er zudem, „praktisch alle“ illegal Eingereisten seien nach Marokko zurückgekehrt. Einen Monat später befinden sich noch immer Tausende in Ceuta. Während die Stadt im Ausnahmezustand lebte, verbrachte Sánchez vier Wochen im Sommerurlaub.

Laut einem Polizeibericht an Ermittlungsrichterin María Tardón war die Aktion „geplant“ und nicht spontan; Migration habe als „formale Tarnung“ gedient. Marokkanische Beamte und mutmaßliche Sicherheitskräfte hätten Menschen aktiv zur Grenze geführt. Sánchez räumt inzwischen ein, dass die marokkanische Gendarmerie den Grenzübertritt stundenlang zuließ, sieht aber keine „soliden Beweise“ für eine Planung durch Rabat.

Inzwischen erreicht die Vertrauenskrise auch die Justiz. Die Stadt Ceuta hat beschlossen, sich als Nebenklägerin an einem Verfahren gegen die spanische Regierung vor der Audiencia Nacional zu beteiligen.

Der Autor schreibt regelmäßig über Spanien.